

KULTUSMINISTERIUM DES LANDES SACHSEN-ANHALT



Abitur
April/Mai 2003

Geschichte
(Grundkurs)

Einlesezeit: 30 Minuten
Arbeitszeit: 210 Minuten

Thema 1

Bildung der deutschen Nation im
19. Jahrhundert

Thema 2

Verfolgung und Vernichtung der Juden in
Deutschland

Thema 3

Separatstaat oder gesamtdeutsche Pläne?

Thema 1: Bildung der deutschen Nation im 19. Jahrhundert**Aufgabenstellung:**

Interpretieren Sie die Quelle unter dem Aspekt, wie die Forderung zur Bildung einer deutschen Nation zu Beginn des 19. Jahrhunderts begründet wurde.

Bearbeiten Sie **dabei** folgende Aufgaben:

- Fassen Sie die Position Humboldts zur Notwendigkeit einer deutschen Nationsbildung zusammen.
- Erklären Sie die Argumente des Autors vor dem Hintergrund der damaligen politischen Situation.
- Setzen Sie sich mit der Aussage Humboldts auseinander, dass nicht der „natürlichen Beschaffenheit der Dinge entgegen“ gehandelt werden solle (Zeile 36).

Material: Denkschrift Wilhelm von Humboldts für den Freiherren vom Stein

Wilhelm von Humboldt (1767 – 1835) vertrat Preußen als Gesandter auf dem Wiener Kongress. Er erläuterte im Dezember 1813 seinem Freund v. Stein im Rahmen einer internen Verständigung in Preußen seine Position über die zukünftige deutsche Entwicklung.

Wenn man aber über den zukünftigen Zustand Deutschlands redet, muß man sich wohl hüten, bei dem beschränkten Gesichtspunkte stehen zu bleiben, Deutschland gegen Frankreich sichern zu wollen. Wenn auch in der Tat der Selbständigkeit Deutschlands nur von dorthin Gefahr droht, so darf ein so einseitiger Gesichtspunkt nie zur Richtschnur bei der
5 Grundlegung zu einem dauernd wohlthätigen Zustand für eine große Nation dienen. Deutschland muß frei und stark sein, nicht bloß damit es sich gegen diesen oder jenen Nachbar oder überhaupt gegen jeden Feind verteidigen könne, sondern deswegen, weil nur eine auch nach außen hin starke Nation den Geist in sich bewahrt, aus dem auch alle Segnungen im Innern strömen, es muß frei und stark sein, um das, auch wenn es nie einer
10 Prüfung ausgesetzt würde, notwendige Selbstgefühl zu nähren, seiner Nationalentwicklung ruhig und ungestört nachzugehen und die wohlthätige Stelle, die es in der Mitte der europäischen Nationen für dieselben einnimmt, dauernd behaupten zu können.

Von dieser Seite angesehen, kann die Frage nicht zweifelhaft sein, ob die verschiedenen deutschen Staaten einzeln fortbestehen oder ein gemeinschaftliches Ganzes bilden sollen?

- 15 Die kleineren Fürsten Deutschlands bedürfen einer Stütze, die größeren einer Anlehnung, und selbst Preußen und Österreich ist es wohlthätig, sich als Teile eines größeren und, allgemein genommen, noch wichtigeren Ganzen anzusehen. Dies aus großmütigem Schutz und bescheidener Unterordnung zusammengesetzte Verhältnis bringt eine größere Billigkeit
- 20 Gefühl, daß Deutschland ein Ganzes ausmacht, aus keiner deutschen Brust vertilgen, und es beruht nicht bloß auf Gemeinsamkeit der Sitten, Sprache und Literatur (da wir es nicht in gleichem Grade mit der Schweiz und dem eigentlichen Preußen teilen), sondern auf der Erinnerung an gemeinsam genossene Rechte und Freiheiten, gemeinsam erkämpften Ruhm und bestandene Gefahren, auf dem Andenken einer engeren Verbindung, welche die Väter
- 25 verknüpfte und die nur noch in der Sehnsucht der Enkel lebt. Das vereinzelte Dasein der sich selbst überlassenen deutschen Staaten (selbst wenn man die ganz kleineren größeren anfügte) würde die Masse der Staaten, die gar nicht oder schwer auf sich selbst ruhen können, auf eine dem europäischen Gleichgewicht gefährliche Weise vermehren, die größeren deutschen Staaten, selbst Österreich und Preußen, in Gefahr bringen und nach
- 30 und nach alle deutsche Nationalität untergraben.
- Es liegt in der Art, wie die Natur Individuen in Nationen vereinigt und das Menschengeschlecht in Nationen absondert, ein überaus tiefes und geheimnisvolles Mittel, den einzelnen, der für sich nichts ist, und das Geschlecht, das nur in einzelnen gilt, in dem wahren Wege verhältnismäßiger und allmählicher Kraftentwicklung zu erhalten, und obgleich
- 35 die Politik nie auf solche Ansichten einzugehen braucht, so darf sie sich doch nicht vermessen, der natürlichen Beschaffenheit der Dinge entgegen zu handeln. Nun aber wird Deutschland in seinen nach den Zeitumständen erweiterten oder verengerten Grenzen immer im Gefühle seiner Bewohner und vor den Augen der Fremden Eine Nation, Ein Volk, Ein Staat bleiben.

Denkschrift Wilhelm von Humboldts für Stein, Frankfurt im Dezember 1813. In: Walter Hubatsch (Hg.): Freiherr vom Stein. Vierter Band. Preußens Erhebung. Stein als Chef der Zentralverwaltung. Napoleons Sturz (Januar 1813 – Juni 1814), Stuttgart 1963, S. 415

Thema 2: Verfolgung und Vernichtung der Juden in Deutschland**Aufgabenstellung:**

Zeigen Sie die Verfolgung und Vernichtung der Juden im nationalsozialistischen Deutschland von 1935 bis 1945 mit Blick darauf auf, wie sich die deutsche nichtjüdische Bevölkerung verhielt.

Bearbeiten Sie **dabei** folgende Aufgaben:

- Beschreiben Sie die Situation der Juden in Deutschland nach Verabschiedung der Nürnberger Gesetze im September 1935.
- Erklären Sie unterschiedliche Verhaltensweisen der deutschen nichtjüdischen Bevölkerung während der Verfolgung und Vernichtung der Juden.
- Weisen Sie nach, dass der Holocaust organisierter Völkermord war.
- Bewerten Sie Motive und Rechtfertigungsversuche für das beschriebene unterschiedliche Verhalten nichtjüdischer Deutscher.

Thema 3: Separatstaat oder gesamtdeutsche Pläne?**Aufgabenstellung:**

Erörtern Sie die These Hermann Gramls, dass es bereits seit 1946 Ziel der sowjetischen Außenpolitik gewesen sei, einen deutschen Separatstaat in ihrer Besatzungszone zu schaffen.

Bearbeiten Sie **dabei** folgende Aufgaben:

- Fassen Sie Hermann Gramls Beschreibung der sowjetischen Deutschlandpolitik für die Jahre 1946 - 1949 zusammen.
- Untersuchen Sie vergleichend die Argumente der beiden Autoren, die für bzw. gegen die sowjetische Planung eines ostdeutschen Separatstaates vorgebracht werden.
- Interpretieren Sie das Fotodokument (Material 3) aus den unterschiedlichen Perspektiven von Hermann Graml und Wilfried Loth.
- Setzen Sie sich mit der Aussage von Wilfried Loth auseinander, dass die von Hermann Graml vertretene These nunmehr definitiv widerlegt sei (Material 2, Zeilen 20 - 22).

Material 1: Hermann Graml über die Interessen der Sowjetunion in Deutschland

Hermann Graml (geb. 1928) ist Historiker mit zahlreichen Veröffentlichungen zu zeitgeschichtlichen Themen. Er war viele Jahre Chefredakteur der „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte“ des Institutes für Zeitgeschichte.

Wenn aber die sowjetische Regierung im Frühjahr 1946¹⁾ kein Interesse an alliierten Eingriffen in die deutschen Verhältnisse verspürte, obgleich der Zustand Deutschlands, in politischer Hinsicht unter gesamtdeutschen Aspekten und in wirtschaftlicher Hinsicht unter jedem denkbaren Aspekt, nach einer herkulischen Anstrengung der Besatzungsmächte
5 geradezu schrie, so muß daraus gefolgert werden, daß die Deutschlandpolitik des Kreml zu diesem Zeitpunkt andere Prioritäten kannte als die Besserung der wirtschaftlichen Lage in den vier Besatzungszonen und als die Vereinigung der Zonen zu einer wirtschaftlichen und mithin auch politischen Einheit. Ihre Gleichgültigkeit gegenüber dem Lebensstandard der Deutschen wie ihre Mißachtung rationaler Prinzipien bei der Einschätzung und
10 Ausschöpfung des deutschen Wirtschaftspotentials hatten die sowjetischen Politiker ja bereits früher oft genug bekundet und mit ihrer Reparationspolitik auch in der Praxis bewiesen. Neu war jedoch die Gleichgültigkeit, mit der sie jetzt offensichtlich die zentrifugalen Tendenzen betrachteten und weiterhin zu tolerieren gedachten, die das Besatzungsgebiet in vier separate wirtschaftliche und politische Gebilde auseinanderrissen.
15 Zur widerspruchsfreien Erklärung dieser Toleranz paßt eigentlich nur die Vermutung, daß die sowjetischen Führer, nachdem ihnen 1945 der Gewinn und die Ausübung von 25 Prozent Einfluß im gesamten Okkupationsgebiet noch als das Optimum sowjetischer Deutschlandpolitik erschienen sein mag, sich spätestens um die Jahreswende 1945/46 zur definitiven Befreundung mit der von der französischen Deutschlandpolitik²⁾ bescherten Möglichkeit
20 entschlossen hatten, in ihrer Besatzungszone kommunistische und sowjetische Macht dauerhaft zu etablieren und dort allmählich auf 100 Prozent auszubauen. Zumindest waren sie nicht mehr gewillt, die in der SBZ auf solchen Wegen inzwischen erzielten Fortschritte in Frage stellen oder gar revidieren zu lassen. Beides – von der Verflüchtigung der 100 Prozent ganz zu schweigen – haben sie aber offenbar von einer Vereinigung der vier
25 Besatzungszonen und der Schaffung gesamtdeutscher Institutionen erwarten müssen. Zweifellos ist die beginnende Durchsetzung und Verankerung anglo-amerikanischer politischer Prinzipien in den Westzonen von den Sowjets nicht weniger aufmerksam beobachtet worden als von den Westmächten der Anfang der Sowjetisierung in der SBZ. Es wäre überaus merkwürdig, hätten sie danach nicht damit gerechnet, daß das größere
30 Gewicht dreier westlicher Besatzungsmächte – bei einer Wiederherstellung der deutschen Einheit – die Verwestlichung auch der sowjetischen Zone bringen werde; das brauchte nicht

die Aufhebung von Maßnahmen wie der Bodenreform zu bedeuten, jedoch sicher – und das wird im Kreml als wesentlich wichtiger gegolten haben – das Ende des Machtmonopols von SMAD³⁾ und SED. Wenn trotz der bestehenden Stärkeverhältnisse die Aussicht auf die deutsche Einheit erwiesenermaßen westliche Ängste vor einer Ausweitung der sowjetischen Macht bis zum Rhein weckte, so kann unbesorgt angenommen werden, daß die sowjetischen Führer nun bei der gleichen Aussicht eine noch heftigere Furcht ergriff, bis zur Oder zurückgeworfen zu werden ... Daß Molotow in Paris jede gemeinsame deutschlandpolitische Aktivität der Alliierten blockierte, ist wohl als die erste sichtbare Manifestation einer aus jenem Schutzbedürfnis folgenden Politik der Vorsicht und der – die Verfestigung der Teilung Deutschlands notgedrungen akzeptierenden – Abgrenzung nach Westen zu interpretieren.

Herrmann Graml: Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941 - 1948, Frankfurt/M. 1985, S. 162 ff.

- 1) Frühjahr 1946 Bezieht sich auf die Pariser Außenministerkonferenz 15./16. Mai 1946, auf der die Siegermächte die Zukunft Deutschlands berieten.
- 2) franz. Deutschlandpolitik Ziel Frankreichs war es zum damaligen Zeitpunkt, Deutschland geteilt zu halten.
- 3) SMAD Sowjetische Militäradministration in Deutschland (Militärverwaltung)

Material 2: Wilfried Loth über die Interessen der Sowjetunion in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

Der Autor (geb. 1948) ist seit 1986 Professor für Neuere Geschichte an der Universität/ Gesamthochschule Essen. Die Geschichte des Ost-West-Konflikts und der europäischen Einigung, zu der er sich in zahlreichen Publikationen äußerte, ist einer seiner Forschungsschwerpunkte.

Die sowjetische Politik konnte bislang bekanntlich nicht Gegenstand interner Quellenanalyse sein; doch haben die Auswertung der westlichen Quellenbestände und manche Einzelfunde auch hier einige Präzisierungen ermöglicht. So ist ... deutlich geworden, daß vom November 1945 an bis in den Herbst 1946 auch die Sowjetunion das Zentralverwaltungsprojekt blockiert hat – freilich nicht, weil sie schon zu diesem Zeitpunkt auf einen östlichen Separatstaat losgesteuert wäre, sondern weil sie die prekären Machtverhältnisse in der Sowjetzone erst in ihrem Sinne stabilisieren wollte, ehe sie sich auf gesamtdeutsche

Strukturen einließ. Als sie dann in der Vorbereitung der Moskauer Außenministerratstagung¹⁾ wieder flexibler wurde ... war es bereits zu spät: Unterdessen verweigerten sowohl Bevin²⁾ als schließlich auch sein amerikanischer Kollege Marshall³⁾ jeden Kompromiß in der Reparationsfrage.

Der erste größere Bestand interner Quellen, der nach dem Zusammenbruch des Kommunismus zugänglich geworden ist ... bestätigt nicht nur die gesamtdeutsche, auf Kompromisse hin angelegte Orientierung der frühen sowjetischen Deutschlandpolitik; er zeigt auch mit überraschender Eindeutigkeit, daß diese Orientierung über die Wende zum Kalten Krieg hinaus andauerte. Noch im Sommer 1949 bremste Stalin die Vorbereitungen zur Gründung der DDR ab, offensichtlich in der völlig illusionären Hoffnung, die westdeutschen Wähler würden das Weststaatsprojekt in letzter Minute stoppen; und noch 1951/52 trieb er die SED-Führung an, mehr für die Verwirklichung der gesamtdeutschen Pläne zu tun. Damit dürfte die These, die Sowjetunion habe seit 1946 zielstrebig die Gründung des östlichen Separatstaates betrieben – zuletzt mit besonderer Vehemenz von Hermann Graml vertreten – definitiv widerlegt sein. Es ist aber auch deutlich geworden, daß die Sowjets für das Scheitern ihrer gesamtdeutschen Pläne ganz wesentlich selbst verantwortlich sind: Von der Einsicht, was an Zugeständnissen notwendig war, um tatsächlich zu einem Kompromiß mit den Westmächten zu gelangen, waren sie weit entfernt.

Wilfried Loth: Die Historiker und die Deutsche Frage. Ein Rückblick nach dem Ende des Kalten Krieges. In: Wilfried Loth (Hg.): Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit, Berlin 1994, S. 22 f.

¹⁾ Die Moskauer Außenministerratstagung fand vom 10.03. – 24.04.1947 statt.

²⁾ Bevin Ernest Bevin (1881 - 1951), britischer Außenminister

³⁾ Marshall George Marshall (1880 - 1959), amerikanischer Außenminister

Material 3: Foto einer SED-Veranstaltung 1947
(aufgenommen zum 1. Jahrestag der Gründung der SED)



SMAD.¹⁾ Col. Sergei Tulpanov, the head of SMAD, conveys the good wishes of the Soviet Military Administration on the first anniversary of the Socialist Unity Party (SED).

Christian Zentner/Friedemann Bedürftig (Hg.): The Encyclopedia of the Third Reich, Band 2, New York 1991, S. 890

¹⁾ SMAD

Sowjetische Militäradministration in Deutschland (Militärverwaltung)